

In der Regel ergab sich so eine negative Ertragswerteinschätzung. Daraus entstanden viele Verkäufe für eine Mark oder, das war ja ein neuer Terminus der Treuhandanstalt, für einen negativen Kaufpreis. Insofern glaube ich, daß der Erlös der erzielt wurde, nicht ausschließlich ein Ausdruck der vorhandenen Substanz sein kann.

Ich will auch noch einen Punkt aufgreifen, nämlich die Fragestellung: Warum brach die DDR denn wie ein Kartenhaus zusammen? Es wird in diesem Zusammenhang häufig gesagt, man hätte ja den Zusammenbruch der Ostmärkte nicht voraussehen können. Diese Aussage ist für jemanden, der in der Wirtschaft tätig war, absolut unverständlich. Natürlich wußte man ganz genau, daß ab dem 2. Juli 1990 nicht ein einziges Produkt aus dem Gebiet der DDR in den RGW-Raum transferiert werden konnte, weil die RGW-Partner keine DM, d. h. keine Valuta zum Bezahlen hatten. Und außerdem war klar, daß der Handel der DDR mit den RGW-Partnern in der Regel Warenaustausch war, der ja dann verrechnet wurde. Man hätte auch kaufen müssen, um weiter verkaufen zu können. Da das nicht stattfand, war klar, daß es die Stütze durch den Ostexport nicht mehr geben konnte. Nur zu sagen, man hätte es nicht wissen können, das ist einfach falsch. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Herrn Dr. Döring für seinen Bericht aus der Sicht der Stahlindustrie sehr herzlich. Wir kommen zu einem anderen Industriezweig, dem Elektroapparatewerk aus der Elektroindustrie. Herr Werner Schmutzler wird uns von seinen Erfahrungen berichten.

Werner Schmutzler: Sehr geehrte Damen und Herren.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Entschuldigung, ich wollte noch sagen, daß Herr Schmutzler Direktor für Absatz und Außenwirtschaft in dem VEB EAW war. Aus diesem Blickwinkel vermittelt er seine Erfahrungen. Bitte Herr Schmutzler.

Werner Schmutzler: Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin beauftragt, Ihnen darzustellen, wie sich die Arbeit im VEB Kombinat EAW aber auch im VEB EAW auf dem Gebiet des Absatzes und der Außenwirtschaft gestaltet oder entwickelt hat.

Zunächst einmal bin ich auch dankbar, daß ich die Gelegenheit habe, hier aus der Sicht eines Betriebes bestimmte Probleme darzustellen, die zu bestimmten Schlußfolgerungen führen können und ich denke, Irrtümer aufklären zu können. Herr Döring hat schon eingangs auf verschiedene Dinge hingewiesen, wie sich das wirtschaftlich gestaltet hat. Ich möchte das nicht alles wiederholen, ich muß aber der Vollständigkeit halber doch auf einige Dinge eingehen, wie sie sich aus der Sicht des Absatzes gezeigt haben.

Der Absatzbereich hat selbstverständlich im Rahmen der Planvorgaben eine Reihe von Kennziffern erhalten, und ich kann mich hier der Meinung von Herrn Dr. Klein, daß es eine Erleichterung hinsichtlich der Verringerung der

Kennziffern gegeben hat, nicht ganz anschließen, auch durch das sogenannte Neue Ökonomische System nicht. Denn wir hatten uns auseinanderzusetzen mit den Kennziffern der industriellen Warenproduktion, der abgesetzten Warenproduktion, des Ex- und Imports. Beim Ex- und Import waren eine Vielzahl Auflagen, die zu beachten waren, weil für die einzelnen Länder unterschiedliche Kennziffern vorgegeben worden sind.

Also es gab einen Plan Sowjetunion, es gab einen Plan Jugoslawien, es gab einen Plan China, Korea oder Kuba, je nachdem, welches Land in dem betreffenden Kombinat eine Rolle spielte. Herr Döring hat über Stahl gesprochen. Wir haben eine Vielzahl von Kleingeräten hergestellt. Zwei unserer Betriebe hatten ihren Sitz in Dresden, einmal war das das Reglerwerk und einmal war das das Elektroschaltgerätekombinat Dresden. Diese Planvorgaben waren Grundlage für die weitere Arbeit im Absatzbereich. Außerdem erhielten wir logischerweise eine Vorgabe für die Produktion für die Nationale Volksarmee.

Selbstverständlich waren auch bei uns sogenannte Plandiskussionen angesagt. Aus der heutigen Sicht muß ich sagen, und das betrachteten wir damals nicht anders, daß diese Plandiskussionen, die sich bis in die kleinste Einheit abspielten, also bis in die Brigaden, eigentlich mehr einen formalen Charakter aufwiesen. Das heißt, über diese Plandiskussion wurde der demokratische Zentralismus zum Ausdruck gebracht. Deutlich muß man betonen, daß bestimmte Mißstände, die Grundsätze der Arbeit des Betriebes oder des Kombinates betrafen, zwar in der Plandiskussion vorgetragen wurden, jedoch auch durch sie nicht beseitigt werden konnten. Der Grund lag in bestimmten Disproportionen, die im Zuge der gesamten zentralen Planung nicht immer lösbar waren.

Zum Problem der Bilanzierung: Herr Döring wies darauf hin, es gab Aufkommens- und Verteilungsbilanzen. Wir hatten eine Aufkommens- und Bedarfsbilanz und es konnte nachgelesen werden, wie der angemeldete Bedarf der einzelnen Bedarfsträger gedeckt wurde. Unter diesem Gesichtspunkt hatten wir mit diesen Bilanzen eine zentrale Übersicht über das Gesamtaufkommen und die Verteilung einschl. Import und Export.

Einschränkend sei bemerkt, beim Import war klar, daß eingeordnet wurde, was sich aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet ergab, und es war klar, daß eingeordnet wurde, wenn der Betrieb eine Orientierungsziffer für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet erhielt. Eine eigene Idee, Importe aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet einzuordnen, wäre ein aussichtsloses Unterfangen gewesen.

Anders war die Tatsache einzuordnen, es gibt solche Fälle, ich könnte x Beispiele nennen, wenn in der Planverteidigung bewiesen wurde, daß ein volkswirtschaftlich nachgewiesener Bedarf nicht mit DDR-Erzeugnissen und auch nicht mit Erzeugnissen aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet gedeckt werden konnte, dann wurde über Fachministerium, Plankommission zweckgebunden eine bestimmte Mittelgröße zum Import eines Erzeugnisses für einen be-

stimmten Kunden bereitgestellt. Insofern hatten die Planverteidigungen und die Bilanzverteidigungen schon einen ganz bestimmten Sinn. Ich würde auch sagen, daß das, was in der Bilanz erarbeitet worden ist, verbindlich war, und jede Änderung, die sich dann im Laufe der Plandurchführung ergab, beantragt und neu vorgetragen werden mußte.

Es gab Ausnahmen, das waren die sogenannten operativen Bilanzentscheidungen, die gemeinsam zwischen Bedarfsträger, Vertragsgericht und Lieferer getroffen wurden, wo also niemand gefragt werden mußte.

Für volkswirtschaftlich wichtige Erzeugnisse, und dazu gehört sicher das, was Herr Döring vorgetragen hat, gab es die sogenannten S-Bilanzen, also Staatsplanpositionen. Hier gab es eine besonders strenge Handhabung, und hier hatte jeder, der dort eingeordnet war, auch das Recht diese Position zu erhalten. Soviel zunächst einmal zum Problem Bedarfsverteidigung und Bilanzen.

Noch eine Bemerkung zu der ganzen Frage der Inlandsarbeit: Um die Arbeit der Betriebe effektiver zu gestalten, wurden im Inland sogenannte Erzeugnisgruppen geschaffen, sprich Erzeugnisgruppenleitbetriebe. Um ein allgemein verständliches Beispiel zu nennen: Rundfunkgeräte haben wir zwar nicht produziert, aber wir haben Koffergeräte produziert. Ein Betrieb, der die meiste Produktion und das größte Volumen hatte, wurde zum Erzeugnisgruppenleitbetrieb ernannt. Dieser Betrieb war für die Zusammenarbeit mit allen Betrieben innerhalb der DDR sowie mit allen örtlich geleiteten Betrieben verantwortlich. Der VEB EAW war verantwortlich für die Position Starkstromrelais, ein Kombinat im Bezirk Dresden war verantwortlich für die Position Niederspannung Schaltgeräte. Schwerwiegend für die örtlich geleiteten Betriebe, oder sagen wir auch für die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, war nun das folgende Problem: Jede Idee einer Neuentwicklung oder jede Neuentwicklung mußte bei den Erzeugnisgruppenleitbetrieb beantragt werden. Dies basierte auf dem vernünftigen Hintergrund, daß Doppelentwicklungen vermieden werden sollten. Negativ wirkten sich hierbei egoistische Bestrebungen z. B. in der Weise aus, daß der Erzeugnisgruppenleitbetrieb nicht daran interessiert war, eine scheinbar gute Entwicklung in einem örtlichen Betrieb zu belassen, und dann hat eben der Erzeugnisgruppenleitbetrieb anders geschaltet und mitgeteilt, diese Entwicklung haben wir bereits geplant, und der Erzeugnisgruppenbetrieb örtlicher Ebene vergeudete somit seine Entwicklung und seine ganze Kraft. Es gibt dabei noch einen weiteren Minuspunkt. So gut, wie das gedacht war, innerhalb der Erzeugnisgruppe mehr Effektivität zu schaffen, so nachteilig wirkte sich aus, daß eigentlich die Ingenieure und Techniker im eigenen Saft schmorten. Also haben sie sich nur mit ihren ureigenen Problemen beschäftigt. Sicherlich hat man über den Tellerrand etwas hinausgesehen, aber im wesentlichen war eben die Erzeugnisgruppe in sich geschlossen, und hat sich mit den Problemen dieser Erzeugnisse beschäftigt.

Zur Frage der Außenwirtschaftstätigkeit: Ich kann nicht sagen, daß sich der Export in die sozialistischen Länder für das Kombinat EAW oder auch für die

Betriebe des Kombines EAW als unrentabel erwies. Ich kann jetzt nicht garantieren, daß nun, was vorhin zur Sprache kam, daß die Preisentwicklung oder die Festlegung der Industrieabgabepreise (IAP) nun auf Heller und Pfennig genau gestimmt haben, aber nach der Kostenanalyse muß ich sagen, hat IAP in der Regel eigentlich einen normalen Gewinnsatz zugesichert. Wir haben beim Export in das sozialistische Wirtschaftsgebiet keinen Verlust gemacht. Beauftragt wurde, das hatte ich vorhin bereits erwähnt, der Industrieabgabepreis und der Valutagegegenwert. Der Handel mit den sozialistischen Ländern wurde eigentlich dadurch erleichtert, daß der Rubel als Verrechnungswährung innerhalb der sozialistischen Länder über den RGW anerkannt war. Es gab also hinsichtlich der Preise wenig Probleme, und es gab auch auf der anderen Seite, sagen wir einmal Finanzierung oder Finanzüberhänge, keine Probleme.

Ein wesentliches Problem in der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern war die Spezialisierung und Kooperation. Anfang der 60er Jahre wurden sogenannte bilaterale Arbeitsgruppen geschaffen, die sich mit der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit beschäftigten. Dieser Zustand hielt nicht lange an, weil man festgestellt hat, daß die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit analog der Erzeugnisgruppe im Inland keine wesentlichen Fortschritte im Handel brachte. Aus diesem Grunde wurde dann diese Zusammensetzung der Arbeitsgruppen auf dem Gebiet Spezialisierung und Kooperation erweitert.

Die Arbeitsgruppen wurden bilateral immer von einem Generaldirektor oder seinem Stellvertreter geleitet, die vom Ministerium berufen worden. Die wichtigste Aufgabe in diesen Arbeitsgruppen war die Herstellung von Spezialisierungs- oder Kooperationsverträgen. Und ich darf hier sagen, daß das Kombinat EAW und dessen Betriebe sehr viele solcher Verträge abgeschlossen hatten. Dies waren langfristige Verträge, die den Betrieben große Möglichkeiten gaben, langfristig zu planen und zu disponieren. Es gab z. B. einen langfristigen Vertrag mit der VR Polen. In dessen Vollzug stellten wir die gesamte Zählerproduktion in der ehemaligen DDR ein und spezialisierten uns auf die Stromzähler der VR Polen. Im Gegenzug dafür nahm die VR Polen die sogenannten Anlaß- und Motorschutzrelais für Kühlschränke und die gesamte gasanalytische Produktion nicht auf und spezialisierte sich auf die DDR, sprich auf Betriebe der DDR. Ich könnte jetzt noch viele weitere Verträge nennen. Das würde aber zu weit führen. Es gab mit allen Ländern Verträge, ausgenommen mit der Sowjetunion, die sich diesen Verträgen nicht anschließen konnte, weil in diesen Verträgen folgender Passus entscheidend war: Das produzierende Land mußte sich verpflichten, seinen Bedarf nur in dem Land zu decken, welches für diese Erzeugnisse spezialisiert war. Also wir hatten uns auf Polen spezialisiert, und somit konnten wir nur noch in Polen kaufen. Die Wiederaufnahme der Produktion oder der Import aus anderen Ländern war nur möglich, wenn das spezialisierte Land seinen Verpflichtungen zur Bedarfsdeckung nicht mehr nachkam bzw. technische Forderungen nicht erfüllte oder Preise forderte, die keinen Weltstandspreisvergleichen mehr standhielten.

Also daraus wird eigentlich ersichtlich, daß die Sowjetunion sich auf einen solchen Vertrag nie einlassen konnte, weil sie ja ganz bestimmte Aufgaben, ich rede jetzt von der damaligen Zeit im Rahmen des RGW, Verteidigungsaufgaben übernommen hatte. Sie hätte sich nie auf eine solche Formulierung eingelassen. Mit allen anderen Ländern haben wir solche Verträge abgeschlossen, und ich kann sagen, die Rentabilität bei solchen Verträgen sowohl ex- als auch importseitig lag generell über eins. Also wir haben die Zähler importiert mit einer Rentabilität von 1,25 und haben die Relais und die Gasanalysen exportiert, bei Gasanalysen mit einer Rentabilität von über 2 und die Relais von 1,1. Also insofern waren diese Verträge durchaus rentabel und hatten eine gute Auslastung der Betriebe zur Folge. Ich habe nicht so viel Zeit, um das weiter auszuführen.

Ich muß aber auf folgendes in diesem Zusammenhang hinweisen: Auch diese Zusammenarbeit im RGW und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit hatten natürlich einen großen Nachteil. Der RGW hatte die Idee, das ist ja kein Geheimnis, einen sogenannten eigenen sozialistischen Weltmarkt zu schaffen. Dem diente die Arbeit der Arbeitsgruppen. Aber mit diesem Ziel haben sich die ganzen Länder völlig vom kapitalistischen Markt abgekapselt, d. h. vom existierenden Weltmarkt. Das hat sich nicht nur in diesen Arbeitsgruppen, sondern es hat sich eigentlich auf der ganzen Linie der Arbeit abgespielt.

Nehmen wir die Beschickung der Messen. Es gab die illusorische Vorstellung in der DDR, die Leipziger Messe würde sich zur gesamtdeutschen Messe entwickeln. Unter diesem Gesichtspunkt wurde alles geordert und alles gemacht. Das deklarierte Ziel bestand darin, Hannover abzulösen. Daß das nicht möglich war und nicht erfolgt ist, haben wir ja festgestellt, daraus resultiert die viel zu späte Beteiligung der DDR an ausländischen Messen, insbesondere an der Hannovermesse. Aber daraus resultiert natürlich auch die Tatsache, daß unsere Ingenieure und Techniker zum Teil etwas „NSW-blind“ geworden sind, weil sie gar keine Möglichkeiten hatten, sich voll zu informieren. Sie waren in ihrer Reisetätigkeit größtenteils eingeschränkt, Informationen konnten sie relativ wenig bekommen.

Es sah so aus: Wenn ein guter Freund ihnen Druckschriften mitbrachte, die nicht technischer Art waren, sondern etwas mehr beschrieben waren, dann war das Literatur, die nicht gestattet war. Diese Literatur wurde dann eingezogen, und der, der sie mitgebracht hatte, war das letzte Mal im Ausland. Also ich will das nur einmal kurz einflechten, damit man einmal sieht, daß eigentlich die Arbeit unserer Ingenieure und Techniker sehr behindert war. Es gibt ein weiteres Problem hinsichtlich der Arbeit auf den „NSW“-Märkten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Entschuldigung, das weiß vielleicht nicht jeder, das ist das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet, „NSW“.

Werner Schmutzler: Es ist Fakt, daß wir mit unseren Erzeugnissen, überall wo wir erschienen sind, zu spät gekommen sind. Erst in den 60er Jahren wurde die DDR im NSW-Export tätig. Bis Anfang der 60er Jahre war der Export eigentlich mehr oder weniger ein Zufallsgeschäft, rührte aus alten Beziehungen, hatte aber keine sehr straffe Lenkung und Leitung. Und wo wir auftauchten, waren natürlich AEG und Siemens und andere Unternehmungen tätig.

Der zweite Fakt war, daß wir auch keine wirksame Absatzorganisation hatten. Die mußten wir mühsam aufbauen. Dadurch, daß wir uns eben sehr spät mit den Märkten im NSW beschäftigt haben, war es außerordentlich kompliziert, dort Fuß zu fassen.

Ein weiteres Problem, das ist heute schon erwähnt worden, war natürlich die Frage der Technik unserer Erzeugnisse. Das hängt damit zusammen, daß wir auf der ganzen Strecke zusammengenommen nicht konkurrenzfähig waren. Alles ging über den Außenhandel. Der Betrieb war nicht berechtigt und nicht befugt, im „NSW“ eigenständig wirksam zu werden. Er war nicht befugt, Schriftverkehr zu führen, er war nicht befugt, ein Protokoll anzufertigen, er war nicht befugt, ein Telefongespräch zu führen etc. Mit anderen Worten: Der Betrieb war völlig auf seinem Gebiet eingeengt und mußte jede Aktion über den Außenhandel durchführen. Ich gebe dem Außenhandel keine Schuld, es war so festgelegt. Es gab Außenhändler, mit denen konnte man sich auch in bestimmten Fragen verständigen, aber von der Sache her, war diese Linie so gegeben und nicht zu verändern. Es fehlte den Betrieben völlig die Beweglichkeit, die Flexibilität. Stellte ein ausländischer Partner irgendeine bestimmte Forderung, mußten wir uns in vielen Fragen damit auseinandersetzen und sagen, wir können es nicht, weil bestimmte Grundmaterialien oder bestimmte Bausteine fehlten. Bei uns ging es insbesondere damals um Widerstände, in der letzten Zeit ging es dann um die Chemie, um bestimmte hochwertige Plaste, die nicht zur Verfügung standen. Insofern war das eine außerordentlich schwierige Situation.

Ich muß noch auf eine Sache hinweisen: Es gab im Interesse der sogenannten „NSW“-Importablösung oder anders ausgedrückt, der „Störfreimachung der Wirtschaft“, bei uns eine sogenannte NSW-Importablösekommission. Die mußte der Generaldirektor persönlich leiten. Tagen mußte die Kommission monatlich. Bis zur Plankommission waren Mitglieder in dieser Kommission. Heute sage ich, diese Kommission war eigentlich beauftragt, alles, was es schon gab, noch einmal zu erfinden. Auf diese Weise mußte improvisiert werden. Unsere Ingenieure und Techniker, die keinesfalls dümmer waren als die Ingenieure und Techniker in den alten Bundesländern, mußten sich dann mit Fragen auseinandersetzen, die sie davon eigentlich abhielten, sich nach vorn zu orientieren. Insofern möchte ich herausstellen, daß diese Arbeit außerordentlich kompliziert war, und diese Arbeit der Ingenieure und Techniker auch nicht mit Erfolg gekrönt wurden.

Ein wesentlicher Grund war auch die Embargoliste, die vorschrieb, was an die DDR geliefert werden durfte und was nicht. Und hier muß ich sagen, haben

uns die Leute, die die Embargoliste erfunden haben, natürlich keinen guten Dienst erwiesen.

Ich möchte abschließend noch eine Bemerkung zu dem, was Herr Döring hier gesagt hat, machen. Unser Handel mit den sozialistischen Ländern ist am 2. Juli 1990 kaputt gegangen, und jeder der Lesen und Schreiben gelernt hat, hat das gewußt. Wenn sich heute jemand hinstellt oder hingestellt hat und gesagt hat, es war nicht vorherzusehen, daß dies geschehen ist, dann muß ich sagen, dieser Mensch lügt. Man kann nicht von Ländern erwarten, die überhaupt nicht in der Lage waren Devisen zu erwirtschaften, daß die ab morgen früh in harter Währung bezahlen können, also insofern ist das unmöglich.

Abschließende Bemerkung: Wir hatten in der DDR einen demokratischen Zentralismus. Ich muß jedoch konstatieren: Wir hatten ihn nicht, wir hatten einen dogmatischen Zentralismus. Dieser Dogmatismus in der Wirtschaft ist vom Politbüro ausgegangen und hat eigentlich dazu geführt, daß das Politbüro selbst dazu beigetragen hat, daß die Wirtschaft der DDR sich auflösen mußte, denn auf diese Art und Weise war die Wirtschaft nicht weiterzuführen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Schmutzler. Ich glaube, es war für uns alle wichtig, die Zusammenhänge vor allem in der Außenwirtschaft von denen zu hören, die das miterlebt haben und von jenen, die es aus der Entfernung betrachtet haben. An ganz zentraler Stelle war Herr Dr. Schürer mit der Planung befaßt. Wir sind ihm dankbar, daß er sich Zeit und Gelegenheit nimmt, uns aus seiner Sicht zu informieren. Bitte Herr Dr. Schürer.

Dr. Gerhard Schürer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Zunächst einige Vorbemerkungen: Ich bin schon das zweite Mal in der Enquete-Kommission, aber beim ersten Mal wurde ich ausschließlich zu Fragen der Machthierarchie der SED befragt, so daß ich jetzt dankbar bin, etwas einmal im Zusammenhang mit der Wirtschaft darlegen zu können.

Zweitens möchte ich betonen, daß ich ein Thesenpapier vorgelegt habe. Ich verzichte jetzt auf eine Reihe Namen, Fakten, Positionen usw., um etwas Zeit zu sparen.

Und drittens möchte ich betonen, daß ich hier nicht als Betrachter oder Experte zu Ihnen spreche, sondern als Hochverantwortlicher dieser Zeit, der immer zu seiner Vergangenheit gestanden hat und es auch in Zukunft tun wird. Ich kann nicht bei jeder Gelegenheit sagen, da war ich mit verantwortlich, ich sage das insgesamt für meine Darlegungen.

Das System der zentralen Planung und Wirtschaftslenkung der DDR ist in Anlehnung an das sowjetische Modell noch in der sowjetischen Besatzungszeit entstanden. Offiziere der Besatzungsmacht und später leitende Mitarbeiter der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland haben gemeinsam mit deutschen Antifaschisten sowie Menschen, die aus dem Exil zurückgekehrt waren, das System ausgearbeitet. Das System wurde an einem Halbjahrplan